

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Für Püttlingen wird ein Entwicklungskonzept erarbeitet:

Unsere Stadt muss sich auf eine schwierige Zukunft einstellen

Püttlingen schrumpft zusammen, die Zahl der Bevölkerung geht zurück, weniger Kinder werden geboren und der Anteil älterer Mitbürger wird größer. Das stellt an die Kommunalpolitik neue Anforderungen.

Natürlich kann eine Stadt die schon seit einiger Zeit erkennbare Entwicklung nicht ignorieren. Wenn sich die Altersstruktur drastisch verändert und immer weniger Kinder die Kindergärten oder Schulen besuchen, dann hat das z.B. Auswirkungen auf Kindergartenplätze und Bildungsangebote. Aber einfach nur formal die Einrichtungen den veränderten Bedarfszahlen anpassen, würde der Sache nicht gerecht werden. Beispiel Schule. Hier müsste der Schülerrückgang als Chance begriffen werden, endlich längst fällige kleinere Klassen für unsere Kinder zu realisieren.

Die Stadt ist jetzt dabei, mit Hilfe des Ingenieurbüros Argus-concept eine Konzeption zu entwickeln, wie Püttlingen mit den Herausforderungen der künftigen Entwicklung fertig werden kann. Diese Planung wird mit Fördergeldern von Bund und Land unterstützt. Das ist gut so, reicht aber nicht aus.

Wenn ein tragfähiges Zukunftskonzept umgesetzt werden soll, müssen auch die erforderlichen Mittel dafür bereit gestellt werden. Da sieht es allerdings in der Stadtkasse mau aus, wie in anderen Gemeinden auch. Deswegen muss jetzt schon darauf gedrängt werden, dass Bund und Land den Kommunen finanzielle Hilfe leisten, damit die ihre Aufgaben beim strukturellen Wandel der Gesellschaft erfüllen können.

(Auf den Innenseiten bringen wir einen Beitrag zur Thema Stadtentwicklung.)

Wachsender Protest wird in Aktionen sichtbar:

Signale werden auf Kampf gestellt



Zunehmend mehr Menschen empören sich über die einseitige Abwälzung der Krisenlasten auf das Volk. Unmut wird immer spürbarer. So bereitet sich die Gewerkschaft ver.di auf Protestaktionen im Herbst vor. Inzwischen hat der DGB begonnen, für den „Europäischen Aktionstag der Gewerkschaften“ am 29. September in Brüssel zu werben. > Seite 8: Euro-Demo.



Stadtratsmitglied Edith Albert ist auf der am 22. August im Püttlinger Kulturbahnhof durchgeführten Bezirkskonferenz der DKP Saarland als Delegierte gewählt worden. Zusammen mit 6 weiteren Männern u. Frauen vertritt sie die saarländischen Kommunisten auf dem DKP-Parteitag, der im Oktober im hessischen Mörfelden stattfindet.

Kulturbahnhof Püttlingen:

DKP-Konferenz legte Marschroute fest

Es war jetzt schon das zweite Mal, dass die saarländische DKP knapp 50 Delegierte und Helfer in das eindrucksvolle Ambiente der ehemaligen Stückguthalle des Kulturbahnhofes einlud.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Bericht des Bezirksvorstandes, in dem nicht nur die Bilanz der zurückliegenden Arbeitsperiode gezogen, sondern auch eine Beurteilung der politischen Lage vorgenommen wurde. Dadurch war genügend Stoff für die Diskussion gegeben, an der sich 11 Delegierte beteiligten und die Marschroute abgesteckt wurde.

Sehr zügig verlief der Punkt Wahlen, bei dem der bisherige Bezirksvorsitzende Thomas Hagenhofer erneut gewählt wurde. Seine Stellvertreterin ist Susanne Bauermann. Auch der übrige Bezirksvorstand und die Delegierten zum Parteitag fanden einmütige Zustimmung. Neun Anträge bzw. Entschlüsse wurden angenommen. Mehr dazu ist auf Seite 2 zu finden.

DKP engagiert sich für eine politische Wende im Saarland:

Den Kapitalismus bekämpfen - der Mensch geht vor Profit!

Mehrere Entschlüsse hat die Delegiertenkonferenz angenommen. So befasst sich eine davon mit der **Lage in Afghanistan**. Die DKP Saarland unterstützt darin die Forderung der Friedensbewegung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus diesem Land. Mit den **Gefahren von Rechtsentwicklung und Neofaschismus** beschäftigt sich ein Antrag, der auch die Forderung nach einem neuen Verbotverfahren gegen die NPD beinhaltet. **Fragen der Bildung** werden in einem anderen Antrag behandelt, in dem konkrete Vorstellungen von fortschrittlicher Bildungspolitik formuliert werden.

Der wohl wichtigste Antrag ist jedoch eine einstimmig angenommene Entschlüsse: „**Politikwechsel im Saarland ist notwendiger denn je - Die Jamaika-Regierung muss weg!**“

Gleich zu Beginn wird an zahlreichen Fakten nachgewiesen, dass sich die im vergangenen Jahr installierte Koalition aus CDU, FDP und Grünen ebenso wie die Vorgängerregierung den Kapitalinteressen verpflichtet fühlt: „Diese Landesregierung positioniert sich in allen Kernfragen als ein Wurmfortsatz der CDU-FDP-Bundesregierung. Sie protestiert nicht dagegen, dass diejenigen, die die Krise nicht verursacht haben, jetzt immer mehr zahlen müssen und regelrecht abgezockt werden. Das neue Berliner ‚Sparprogramm‘ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung wird einfach nach unten durchgereicht“.

Ein Wechsel ist fällig

Schlußfolgernd erklärt sich die DKP für ein Zusammenfinden und Zusammenwirken aller Kräfte, die einen Politikwechsel wollen: „Das Trennende muss beiseite geschoben werden - das Gemeinsame muss die Plattform sein“. Ziel müsse es sein, eine aktiv handelnde Allianz vor allem außerparlamentarisch für einen Politikwechsel zu entwickeln und eng mit der parlamentarischen Arbeit aller, die für diesen Poli-



tikwechsel eintreten, verbunden werden. Die DKP Saarland nennt dazu eigene Vorstellungen und Forderungen, die für einen Politikwechsel in unserem Land notwendig sind:

★ **Wir streiten** für Erarbeitung und Durchsetzung eines Landesentwicklungsprogramms mit dem Grundsatz „Der Mensch kommt vor dem Profit“. Im Mittelpunkt eines solchen Programms muss die Zukunft der Arbeit stehen. Es muss Sofortmaßnahmen beinhalten, wie Massenarbeitslosigkeit und soziale Not sofort bekämpft werden können, wie die Kinderarmut überwunden und Altersarmut verhindert wird. Es muss Wege aufzeigen, wie die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen beendet und eine Energiewende herbeigeführt wird. Es muss klare Maßnahmen enthalten, wie Bildung, Gesundheit für alle gesichert, wie mehr Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft durchgesetzt wird!

★ **Wir fordern** zur Verbesserung der Finanzsituation des Saarlandes die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, gesetzliche Maßnahmen zur Abschöpfung der Spekulationsgewinne, mehr Steuergerechtigkeit. Konsequente Anwendung bestehender Gesetze gegen Steuerhinterzieher. Dafür muss das Saarland im Bundesrat aktiv werden.

★ **Wir fordern:** Nein zu Schuldenbremse und Sozialabbau, keine Abwälzung der Krisenlasten nach unten. Notwendig ist die Steigerung der Massenkaukraft, die Erhöhung von Löhnen, Renten, Arbeitslosengeld. Weg mit Hartz IV und der Rente mit 67! Her mit gesetzlichem Mindestlohn!

★ **Wir fordern** Umverteilung von oben nach unten! Wir fordern die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (z.B. Energiesektor), der Banken u. Versicherungen gemäß dem Grundgesetz und der Landesverfassung! Nein zur Privatisierung öffentlichen Eigentums u. öffentl. Aufgaben!

★ **Wir erklären:** Die Aufhebung der Diskriminierung von Frauen darf nicht nur verbal gefordert werden, sie muss endlich Realität werden. Zu dieser notwendigen Realität gehört die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt und der gesamten Gesellschaft. So muss die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Wirklichkeit werden.

★ **Wir fordern** eine Jugendpolitik, die Lösungen für die Gegenwart anbietet, wie die gesetzliche Ausbildungsverpflichtung von Unternehmen und die Förderung benachteiligter Jugendlicher in allen gesellschaftlichen Lern- und Arbeitsprozessen. Wer nicht ausbildet muss zahlen!

★ **Wir verlangen** ein Aktionsprogramm gegen alte und neue Nazis, das Verbot jeglicher neonazistischer Propaganda und das Verbot der NPD! Der entschlossene Kampf gegen Neonazismus und Rassismus muss zur gesellschaftlichen und staatlichen Aufgabe gemacht werden!

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Gibt es noch Fragen?

Wir sind gerne bereit, weitere Informationen über die Politik der DKP und die Beschlüsse der Bezirkskonferenz zur Verfügung zu stellen:

Bezirksvorstand der DKP
Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken,
Tel. 0681-9 40 98 65

Auf Rottern sollen 16 Baustellen erschlossen werden:

Private Grundstücksbesitzer sind zufrieden

Das Neubaugebiet „Auf Rottern“ liege landschaftlich schön und sei trotz guter Verkehrsanbindung ruhig. Das Pädagogische Zentrum Ritterstraße mit Schulen und Musikschule befinde sich in der Nähe, ebenso ein bestehender Kinderspielpatz. Nicht weit sei es zum fußläufig zu erreichenden Einkaufsmarkt sowie zu attraktiven Sportstätten, so argumentierte Gosbert Hubertus (CDU), wie in der SZ vom 21.7.10 nachzulesen ist. Ganz klar, dass die Vereinigte Jamaika-Fraktion (VJF) dem Vorhaben zustimmte. Nur DKP, SPD und Die Linke votierten mit 17 Nein-Stimmen dagegen.

Da hat also die böse Opposition wieder einmal die Zeichen der Zeit nicht begriffen und nur die VFL vertrat die hehren Prinzipien der „freien Marktwirtschaft“. Ist es tatsächlich so?

Die DKP wandte sich entschieden gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes für diesen Bereich. Schon seit längerem gebe es im Stadtrat darüber Klarheit, dass die Erschließung neuer Baugebiete nicht mehr zeitgemäß ist. Statt weitere landwirtschaftliche Flächen zu opfern, solle mehr auf die Schließung von Baulücken orientiert werden. Außerdem könne man nicht über die Folgen des demografischen Wandels (siehe nächste Seite!) diskutieren und dann trotz rückläufiger Einwohnerzahlen neue Bauflächen erschließen.

Franz Hertel setzte sich auch mit dem Argument auseinander, dass für bauwillige Familien mit Kindern gewisse Reserven an Bauflächen vorgehalten werden müssten. Tatsache ist jedoch, dass kaum noch junge Familien in der Lage sind, zu bauen. Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass sich nur noch gut betuchte Leute (Ingenieure, Spezialisten, Rechtsanwälte, Beamte und höhere Angestellte) um Baustellen beworben haben. Vielfach kamen sie von außerhalb. Junge Arbeiterfamilien aus Püttlingen waren nicht dabei, weil diese gar nicht die 70.000 Euro und mehr für Grundstücks- und Erschließungskosten aufbringen können.

Die Vergabe von städtischen Baugrundstücken ging bisher von sozialen Gesichtspunkten aus, aber die Nachfragen dafür sind rückläufig. Immer öfter bewerben sich Besserverdiener, vielfach ohne Kinder, die ihre Baustellen auch von privaten Anbietern erwerben könnten. Dafür muss die Stadt keine Baustellen vorhalten. Eine Erschließung des Gebietes „Auf Rottern“ ist also

nicht erforderlich, zumal die Stadt dort keine Grundflächen besitzt. Die Preisgabe wertvoller Landwirtschaftsfläche ist nicht vertretbar, auch wenn die Erschließung für die Stadt „kostenneutral“ ist, wie die CDU ausdrücklich betonte. Allein die Entwässerung dieses Gebietes könnte zu höheren Belastungen für den Schleibach führen und dann wäre die Stadt doch gefordert. Aber auch die Frage, wer den Nutzen dieser Erschließung hätte, ist nicht uninteressant.



Auch wenn der städtische Finanzrahmen immer enger wird:

Der Ringbus braucht öffentliche Unterstützung

Seit Jahren leistet die Stadt Püttlingen einen Kostenzuschuss für den Betrieb des Ringbusses, der jährlich mehr als 200.000 Mal von den Fahrgästen genutzt wird, vor allem von Schülern und älteren Mitbürgern. Jetzt gab es im Stadtrat eine Diskussion, wie es weiter gehen soll, denn der finanzielle Rahmen der Stadt wird immer enger und es wird schwieriger, über 140.000 Euro im Jahr für den Ringbus abzuwickeln.

Dennoch hat die DKP dafür plädiert, es bei der bisherigen Regelung zu be-

lassen. Wenn die Stadt schon nicht in der Lage ist, öffentlichen Nahverkehr in Püttlingen eigenständig zu ermöglichen, dann soll sie zumindest durch den Betriebszuschuss garantieren, dass diese Aufgabe im Interesse der Bürger von der Firma Lay gewährleistet wird.

Einstimmig hat der Stadtrat beschlossen, es vorerst bei der bisherigen Regelung zu belassen. Änderungen sind ohnehin erforderlich, wenn die Saarbahn bis Heusweiler verkehrt und Fahrplanänderungen beim Ringbus nötig sind.

Wie wird die Zukunft unserer Kommune aussehen?

Konzept für Stadtentwicklung im Blick



Am 17. Juni wurde in der Stadthalle von den Planern der in Saarbrücken ansässigen „Argus-Concept GmbH“ die Grundlinie für ein „Gemeindeentwicklungskonzept Püttlingen“ vorgestellt. In den Monaten August und September sollen dazu etliche Workshops durchgeführt werden, wo Ratsmitglieder und interessierte Bürger/innen ihre Vorschläge und Ideen einbringen können. Grundlage dazu ist ein Beschluss des Werksausschusses vom Februar 2009, der an das Ingenieurbüro Argus-Concept den Auftrag zur Erstellung eines integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes vergeben hat. Die Kosten dafür werden zu zwei Drittel vom Land getragen.

Dieses Entwicklungskonzept soll künftig als Grundlage dienen, wenn es um Landeszuschüsse für städtische Investitionsvorhaben geht. Vor allem soll dieses Planungsinstrument auf „Anpassungserfordernisse und –strategien in allen Bereichen der kommunalen Entwicklung“ hinweisen, die „durch den demografischen und sozioökonomischen Wandel betroffen sind“, heißt in der damaligen Beschlussvorlage. Diese „Orientierungshilfe“ für öffentliche und private Planungen und Projekte ist für den Zeitraum von 15 Jahren konzipiert.

Noch kann man nicht viel zu diesem Konzept sagen. Die Hauptrichtungen der kommenden Entwicklung werden zwar bereits angedeutet, doch bis daraus ein fertiges Leitbild für die Zu-

kunft der Stadt Püttlingen entsteht, sind viele Überlegungen notwendig und bedarf es noch unzähliger Diskussionen. Das Ganze wird wohl ein langwieriger Entwicklungsprozess sein, wenn am Ende ein sinnvolles und annehmbares Ergebnis stehen soll.

Die DKP-Fraktion wird sich an der Auseinandersetzung über die Zukunft unserer Stadt beteiligen. Wir wollen nämlich, dass Püttlingen mit den vielfältigen Problemen, die sich aus der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklung ergeben, im Interesse der Mehrheit unserer Bürger fertig wird. Vor allem dürfen Einkommensschwache, sozial Benachteiligte und ältere Mitbürger nicht unter die Räder kommen.

Unser Leitbild stellt die Menschen in den Mittelpunkt

Wir lassen uns in der Diskussion über die Entwicklung der Stadt Püttlingen vom Leitbild einer demokratisch gestalteten Gesellschaft leiten, die von Gerechtigkeit, Solidarität und friedlichem Miteinander geprägt ist.

◆ Unser Leitbild geht davon aus, dass eine zukunftsfähige und sozial gerechte Antwort auf den vor sich gehenden Wandel der Lebensverhältnisse gefun-

den wird. Wir müssen Wege suchen, wie die Herausforderungen durch technologische Entwicklungen, wirtschaftlichen Umbruch, sozialen Wandel und demografische Veränderung so genutzt werden können, dass Lebensqualität und Lebenschancen für alle Menschen gesichert und verbessert werden.

◆ Unsere Vorstellungen gehen von der Erfahrung aus, dass ein neoliberales

Nichts bleibt, wie es ist, alles ist in Veränderung. Von der Natur kennen wir dieses ständige Werden und Vergehen, das sich so überzeugend im Verlaufe der Jahreszeiten darstellt. Aber auch die Menschen sind objektiven Entwicklungsgesetzen unterworfen, und ihre Städte und Dörfer wandeln sich im Ablauf der Geschichte. Gut ist es, wenn es dabei ernsthafte Bemühungen gibt, das Alte und Wertvolle auf längere Sicht zu erhalten. Doch immer kommt Neues hinzu und das Gesicht einer Kommune verändert sich zusehends. Das gilt auch für die Stadt Püttlingen.

Gesellschaftsbild den Weg zu demokratischen Lösungen der Probleme versperrt und deshalb abzulehnen ist. Stattdessen zielt unser Leitbild auf eine solidarische Gesellschaft, in der soziale und politische Teilhabe für alle und überall gesichert wird. Wir orientieren auf Selbstbestimmung der Bürger und Engagement für die eigenen Interessen.

◆ Wir wollen, dass sich Püttlingen auch in einer zunehmend globalisierten Welt behaupten kann und erwarten deshalb von den Regierenden, endlich eine aktive Friedenspolitik (ohne Militäreinsätze in vielen Teilen der Welt!) zu beginnen, für Weltoffenheit und Toleranz zu sorgen, die Demokratie breiter zu entwickeln, Erscheinungen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen und den Weg für soziale Gerechtigkeit sowie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit zu beschreiten.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass dies weitgesteckte Ziele sind, die von Püttlingen aus alleine nicht umgesetzt werden können.

Wenn man aber darstellt, welche Vorstellungen man von der künftigen Entwicklung hat, dann muss man auch die Rahmenbedingungen ansprechen, die von der Politik vorgegeben werden. Dann kann man nicht verzichten, zu sagen, welche Voraussetzungen von Landes- und Bundesregierung geschaffen werden müssen, damit sich die Kommunen im Lande – auch die Stadt Püttlingen! – gesund und im Sinne der Bürger entwickeln können.

Fortsetzung nächste Seite

Viele drängende Probleme warten auf eine Lösung

Für ein Entwicklungskonzept sind viele unterschiedliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Deswegen werden von Anfang an die einzelnen Handlungsfelder festgelegt, sollen der gegenwärtige Zustand analysiert, notwendige Schlussfolgerungen überlegt und Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden. Diesem Vorgehen von Argus-Concept soll keineswegs widersprochen werden. Wir möchten aber auf einige Fragen hinweisen, die dabei eine besondere Rolle spielen.

Beispiel Arbeitslosigkeit

Viele Bürger unserer Stadt sind davon betroffen. Das ist aber kein persönliches, sondern ein gesellschaftliches Problem, denn immer mehr Menschen haben zunehmend weniger Chancen, durch eine Berufstätigkeit ihre eigene Lebensgrundlage zu sichern. Wer längere Zeit arbeitslos ist und als Hartz-IV-Bezieher sein Dasein fristet, fühlt sich ausgegrenzt und hat kaum noch Aussicht, wieder in den Arbeitsprozess einbezogen zu werden.

Wachsende Armut

Auch in Püttlingen wächst die Zahl derer, die sich mit Niedriglohn und befristeter Beschäftigung abfinden sollen. Wie erniedrigend ist es, wenn das erzielte Einkommen nicht ausreicht, die eigene Lebensgrundlage zu sichern. Am Ende bleibt da oft nur der von der Püttlinger Sozialangebotene Mittagstisch oder das Sozialkaufhaus.

Kinder vor allem betroffen

In Püttlingen gibt es etwa 400 Kinder, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind. Sie stammen aus einkommensschwachen oder von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien und gehören auch vielfach zu denen, die aufgrund ihrer sozialen Lage bei Bildung und anderen Bereichen benachteiligt sind.

Wenn ein sinnvolles Entwicklungskonzept entstehen soll, muss überlegt werden, wie und wo Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden können, in welchen Wohnverhältnissen die sozial Benachteiligten leben, wie vor allem die Lebens- und Umweltbedingungen für deren Kinder sind und ihre soziale Betreuung, welche Maßnahmen die Lösung solcher Probleme unterstützen könnten. Frage ist auch, wie unsere Stadt umgestaltet oder weiterentwickelt wer-

den kann, damit soziale Ausgrenzungen keine Basis mehr finden und Anreize geschaffen werden, neue Beschäftigungsmöglichkeiten in unserer Stadt anzubieten.

Ein besonderes Kapitel ist die demografische Entwicklung, die in Püttlingen dazu führen könnte, dass im Jahre 2020 nur noch etwa 18.600 Personen in unserer Stadt wohnen. Das hätte natürlich gravierende Auswirkungen auf den Wohnungsbestand (zunehmende Zahl von leerstehenden Wohnungen), auf die Kaufkraft und die Nutzung bestehender Einrichtungen.

Immer mehr ältere Mitbürger

Hier geht es nicht darum, einfach nur die Dienstleistungen und andere Angebote der gesunkenen Einwohnerzahl anzupassen. Vielmehr muss überlegt werden, wie die Angebote von Handelseinrichtungen, Nahverkehr, sozialer und kultureller Betreuung so gestaltet werden müssen, dass sie auch von den älteren Mitbürgern genutzt werden können.

Schon jetzt ist es so, dass in manchen Wohnbereichen (z.B. Ritterstraße) keine Geschäfte, Ärzte, Apotheken oder andere Dienstleister zu finden sind. Wer älter ist und nicht mehr Auto fahren kann, ist auf fremde Hilfe angewiesen. Hier wäre zu überlegen, wie an zentraler Stelle ein Servicezentrum geschaffen werden könnte, wo die Älteren ihre Obliegenheiten (z.B. Einkauf, Sparkasse, Post, Arzt, Apotheke) noch selbst erledigen könnten.

Altersgerechte Wohnformen

Auch die Frage altersgerechter Wohnmöglichkeiten bedarf neuer Überlegun-

gen. Je älter unsere Mitbürger werden, um so schwerer fällt es ihnen, ihre Häuser zu bewirtschaften. Bezahlbare altersgerechte Wohnungen in zentraler Lage könnten hier Anreize schaffen, sich wohnlich zu verändern und mehr Möglichkeiten zu bekommen, den Lebensabend zu genießen.

Dazu muss auch die Betreuung der Seniorinnen und Senioren neu durchdacht und die Frage beantwortet werden: Wo gibt es eine Einrichtung, die täglich geöffnet ist und den Älteren die Möglichkeit bietet, sich in der Cafeteria oder einem Leseraum auch mal über längere Zeit aufzuhalten? Wo gibt es ein umfassendes Programm mit Vorträgen, Lesungen, Diskussionen und Mitmach-Aktivitäten, wo sich Besucher selbst in das Geschehen einbringen können?

Leerstehende Häuser

Viele Häuser in Püttlingen stehen leer und es werden immer mehr. Wäre nicht zu überlegen, dass mit Hilfe des Landes ein Programm aufgelegt wird, um diese Gebäude anzukaufen und Familien mit Kindern günstig anzubieten?

In St.Wendel bekommen junge Familien, die eine leer stehende Wohnung oder ein Haus kaufen, einen Zuschuss in Höhe von maximal 8.000 Euro. Seit 1995 sind schon 500.000 Euro ausgezahlt worden. Wäre so etwas nicht auch für Püttlingen sinnvoll? Dann könnten viele Häuser saniert werden, die Zahl der Leerstände ginge zurück, das Stadtbild würde sich verbessern und junge Menschen bekämen Anreize, Kinder zu bekommen, was ja angesichts der demografischen Entwicklung nicht zu verachten wäre. Die Gesellschaft muss sich ihren Nachwuchs schon etwas kosten lassen.



Püttlingen muss eine Stadt sein, wo man gerne lebt und gut wohnt.

Viele haben die Nase voll:

Saure Gurken für die „Volks“parteien

Der Juli hat in diesem Jahr nicht nur Hitze rekorde gebracht. Auch im politischen Bereich waren Rekorde durchaus zu verzeichnen, allerdings meist Negativ-Rekorde. So sind die „Volks“parteien CDU/CSU bei Forsa-Umfragen über den Wahlrend auf „nur noch 29 Prozent“ abgerutscht (SZ vom 29.7.10). Ihr Partner in der schwarz-gelben Koalition, die FDP, musste froh sein, gerade noch fünf Prozent zu erreichen.

Es ist durchaus erfreulich, wenn die neo-liberalen Parteien in der so genannten Saure-Gurken-Zeit selbst einmal Saures zu spüren bekommen. Anlass gibt es ja mehr als genug: Gebrochene Wahlversprechen, statt mehr Netto gibt es weniger Netto, Hartz-IV-Bezieher werden noch mehr zur Ader gelassen, neue Belastungen im Gesundheitswesen und und und. Nur Reiche und Superreiche können zufrieden sein.

Auch die SPD zeigt sich zufrieden, denn in der erwähnten Umfrage hält sie „ihr Jahreshoch von 28 Prozent“. Aber das ist nur eine Momentaufnahme und kann sich ändern, so oder so. Viele Wähler können nicht vergessen, dass es die SPD/Grüne/Regierung unter Schröder war, die all das „verbrochen“ hat, wogegen die Sozialdemokraten jetzt angehen: Steuergesetze für die Reichen, Armut für die Anderen (z.B. Hartz IV), Rente mit 67 usw.

Niemand ist sicher, dass die SPD-Führung, wenn sie denn wieder das Sagen hätte, nicht erneut rückfällig wird. Wer erklärt, dass die Rente mit 67 „jetzt“ nicht durchsetzbar ist, lässt sich doch ein Hintertürchen offen. Dazu kommt, dass Fraktionschef Steinmeier „tapfer auf der unpopulären Zahl beharrt“ (SZ 10.8.10). Eine echte politische Wende steht also immer noch aus.

Wenn der Ehrenvorsitzende von Bord geht:

Da ist wohl noch Schwelfeuer im Busch

Vor zwei Jahren konnte der FV 08 Püttlingen sein hundertjähriges Bestehen feiern. Die Bedingungen waren damals nicht gerade günstig, weil ausgerechnet im Jubiläumsjahr der Vorstand abhanden gekommen war. In unserer Ausgabe vom April 2008 brachten wir einen Artikel, der sich mit der „Geschichte von 08“ befasste und die Hoffnung aussprach, dass ein Weg gefunden werde, wie „der Verein am besten vorwärts“ kommt.

Inzwischen hat viel Wasser den Köllerbach durchflossen, doch klarer sind die Verhältnisse beim FV 08 nicht geworden. Nach dem Austritt etlicher Vorstandsmitglieder scheint die Lage verworrener denn je. Offensichtlich fehlt einigen der aktuellen Akteure das notwendige Fingerspitzengefühl, um Leistungen früherer Vorstandsmitglieder sachlich einzuordnen. Statt Aversionen gegen bestimmte Personen zu unterlassen, vorgebrachte Argumente unvoreingenommen zu prüfen oder zu widerlegen und sich um Zusammenführung der Kräfte zu bemühen, werden Widersprüche immer weiter zugespitzt, wird Stimmung gegen Mißliebige geschürt.

Ein Beispiel. Dieter Thinnies, seit über 30 Jahren aktiv im Verein, lange Jahre Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender, hat in der Mitgliederversammlung am 27. Juni d.J. seinen Austritt verkündet. In einer persönlichen Erklärung stellt Thinnies dazu bedauernd fest, dass der Verein „seine Mitglieder regelrecht knebelt und in Haftung nimmt“, er berichtet, dass „ein Vereinsmitglied gezwungen ist, seine in der Satzung verbrieften Rechte über die Gerichte einzufordern“. Thinnies klagt in seiner Erklärung über einen Verein, „wo Kritiker als notorische Nörgler und Querulanten bezeichnet werden, ihnen vereinschädigendes Verhalten vorgewor-

fen, sie öffentlich diffamiert und ihnen mit Vereinsausschluss gedroht“ wird.

Dieter Thinnies, dessen „ganze Zuneigung“ über Jahrzehnte hinweg dem FV 08 galt, ist kein Mann, der leichtfertig seinen Verein verlässt. Aber tätliche Be-

Herz schlägt für FV 08

Dieter Thinnies wird heute 60 Jahre alt – Ein Wunsch: Mit Püttlingen soll es aufwärts gehen

SZ-Schlagzeile im April 1997 über einem Mann, der jetzt den Verein verlassen hat

drohungen und Anfeindungen haben den Ehrenvorsitzenden dazu gebracht, diesen ungewöhnlichen Schritt zu gehen. Ein erschreckender Vorgang. Und es scheint, dass der Bericht über die genannte Versammlung mit dem Titel: „Zufriedene Gesichter beim FV 08 Püttlingen“ (SZ vom 6.7.) zumindest sehr geschönt ist. Das geht auch aus einem Leserbrief von Ewald Raubuch hervor (SZ vom 15.7.10). Der frühere Vorsitzende schreibt darin:

„Wenn von über 500 Mitgliedern 46 anwesend waren, der 1. Vorsitzende Erklärungsnot hatte, die Auswüchse seiner Person gegenüber verschiedenen Mitgliedern zu rechtfertigen, der 2. Vorsitzende nicht wusste, wie er den sportlichen Abstieg vermitteln sollte, ganz zu schweigen von der Vertragsverlängerung und dann noch Trennung von den Trainern“, (wenn) die Schatzmeisterin „von einem finanziellen Dilemma“ sprach, wenn der ehemalige Geschäftsführer noch vor den Vorstandswahlen seinen Vereinsaustritt erklärt mit den Worten, ‚ich bin die Verleumdungen und unqualifizierten Angriffe satt‘ und den Saal verließ (...) Wenn man dies als Erfolg bewertet, dann kann man von zufriedenen Gesichtern (...) sprechen“.

Es ist nicht unsere Aufgabe, dem Verein Ratschläge zu erteilen. Aber wir fühlen uns mit dem FV 08 verbunden und wären froh, wenn endlich Fairnis, Sachlichkeit und Realismus die Arbeit bestimmen würden.

Schade, Schröder hätte noch mehr Reformen durchsetzen müssen, deren Rücknahme wir jetzt fordern könnten.



Aus „Blickpunkt“ Mörfelden, Nr. 8/2010



Der Stadtrat hat im Frühjahr des vergangenen Jahres den einzelnen Maßnahmen eines Investitionsprogramms zugestimmt, das im Rahmen des Konjunkturpaktes Saar umgesetzt werden soll und mit Mitteln des Bundes und des Landes gefördert wird. Für die Sanierung des Schlößchens stehen insgesamt 470.000 Euro zur Verfügung. Inzwischen ist mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen begonnen worden.

Saarbrücken jetzt für Püttlinger Sozialhilfefälle zuständig:

DKP gegen Rückgabe an Regionalverband

Im Juni 2008 stand die Rückgabe der Sozialhilfeaufgaben an den Regionalverband schon einmal auf der Tagesordnung. Damals ging die FDP mit ihrem Antrag baden, denn die übrigen Fraktionen wollten diese wichtige Aufgabe nicht aus der Hand geben. Genau zwei Jahre später ist nun erneut über das Thema debattiert worden. Doch diesmal ließ sich die Ratsmehrheit vom Kosten-Argument einfangen.

Weil der Regionalverband es abgelehnt hatte, den Gemeinden, welche die Aufgaben des Sozialamtes noch selbst betreiben, dafür einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, warfen CDU, SPD und Linke alle bisherigen Bedenken

über Bord. Plötzlich spielte die Tatsache keine Rolle mehr, dass für Ältere über 65 Jahre und Behinderte die Ortsnähe von großer Bedeutung ist und die Mitarbeiter im Rathaus Püttlingen ihre Klientel besser kennen und auf sie eingehen können als die Sachbearbeiter im entfernten Saarbrücken. Nun war man bereit, sich mit dem Vor-Ort-Service des Regionalverbandes abzufinden.

Mit dem Totschlagargument „Kosten“ wurden alle Argumente vom Tisch geschoben, die schon seit Jahrzehnten für die Wahrnehmung der Sozialhilfeaufgaben durch die Kommunen gesprochen haben.

Nur die DKP-Fraktion konnte und wollte sich nicht von ihrer Haltung abbringen lassen. Der Fraktionsvorsitzende betonte: „Da erleben wir einerseits, dass immer neue Aufgaben (z.B. Ausbau der Kinderbetreuung) den Gemeinden übertragen werden, andererseits gibt es aber Bestrebungen, den Kommunen wichtige Aufgaben zu entziehen. Dazu gehört auch die Sozialhilfebetreuung, womit ein wichtiger Bereich der kommunalen Selbstverwaltung preisgegeben wird. Dem können wir nicht zustimmen“.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Die Schulbuchausleihe stand in der Juni-Sitzung des Stadtrates zur Beratung. Einem von der Verwaltung eingebrachten Vorschlag stimmte auch die DKP zu. Dabei betonte Stadtratsmitglied Edith Albert, dass die Entrichtung von Ausleihgebühren zwar für viele Eltern vorteilhafter sei als der Kauf von eigenen Büchern. Dennoch sei das jetzige System viel zu zeitaufwendig und Einkommensschwache seien nach wie vor stark belastet. Edith Albert sprach sich erneut für volle Lehr- und Lernmittelfreiheit aus.



*

Zentraler Omnibusbahnhof hieß das Thema im Stadtrat. Dabei wurde berichtet, dass es nach wie vor Probleme gebe, weil wenige Anlieger sich beharrlich weigern, einige Quadratmeter Fläche zu verkaufen und damit die Realisierung des Vorhabens zu ermöglichen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch kontrovers die Frage diskutiert, ob ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden soll. Die DKP hat damit keine Schwierigkeiten. Nachdem die Verwaltung alles versucht hat, sich mit den Anliegern gütlich zu einigen, bleibt eigentlich nur noch dieser Weg. Schließlich geht es beim geplanten Omnibusbahnhof um eine Einrichtung, die allen Bürgern zugute kommt. Grundstücksbesitzer müssen dabei bedenken, dass „Eigentum verpflichtet“, wie ausdrücklich im Grundgesetz geschrieben steht.

*

Pläne zur Fortschreibung der Entwicklung in Püttlinger Kindergärten und Schulen sind im Stadtrat mit DKP-Zustimmung beschlossen worden.

**Haben Sie Fragen,
Anregungen
oder Wünsche?**

Bitte schreiben oder anrufen:

DKP-Stadtratsfraktion,
Weiherbergstr. 51,
Tel. 69 53 97 oder 6 75 11

Demonstration am 29. September in Brüssel:

Gewerkschaften machen mobil

Die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin hat längst damit begonnen, die im Koalitionsvertrag vereinbarten „Sparmaßnahmen“ zu Lasten der kleinen Leute umzusetzen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske stellte dazu fest: „Viele Menschen erleben die unsoziale und konjunkturschädliche Rotstiftpolitik, die Entsolidarisierung der Sozialsysteme und die einseitige Lobbypolitik als Bedrohung. Und wir sind überzeugt: Gerecht geht anders!“

Immer mehr Betroffene begreifen, dass diese Abzockerei nicht länger hingenommen werden kann. Deshalb begrüßen sie es, dass jetzt die Gewerkschaften zum Widerstand gegen den neoliberalen Aderlass mobilisieren. So hat der DGB-Bundesvorstand beschlossen, in der Zeit vom 24. Oktober bis zum 13. November Aktionswochen durchzuführen. Auch die vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) beschlossene „Euro-Demo“ gegen den Sparkurs der EU-Regierungen wird inzwischen vorbereitet.

Die Demonstration von mehreren tausend Gewerkschaftern aus den verschiedenen EU-Staaten soll am 29. September in Brüssel stattfinden. Der Beschluss dazu ist auf der Tagung des Exekutivkomitees des EGB gefasst worden. Kritisch verweisen die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang auf die katastrophalen Folgen der Finanzkrise und die drohende weitere Arbeitsplatzvernichtung sowie Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse, sie betonen ausdrücklich:

„Diese Krise haben nicht wir zu verantworten, die Rechnung muss von den Banken bezahlt werden und nicht von

den Arbeitnehmern“. Die europäischen Gewerkschaften wenden sich mit dem Aktionstag „gegen Einschnitte bei Gehältern und Renten, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit jüngerer und älterer Menschen, Deregulierung des Arbeitsrechts und sozialen Rückschritt, Armut und soziale Ausgrenzung, Zunahme der sozialen Ungleichheiten“. Gefordert werden dagegen „Zugang zu hochwertigen und sicheren Arbeitsplätzen, zur Ausbildung für alle, Garantie einer existenzsichernden Entlohnung, starken Sozialschutz als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität, Wahrung der Kaufkraft, Sicherstellung einer optimalen Rentenversorgung und allgemein zugängliche hochwertige öffentliche und soziale Dienstleistungen“.

Je mehr dabei sind, um so wirkungsvoller sind die Aktionen:

Betroffene sollten sich stärker engagieren

Josef Ackermann ist einer, der keine Veranlassung hat, sich an Demonstrationen gegen Sozialabbau zu beteiligen. Der Chef der Deutschen Bank hat immerhin 9,6 Millionen Euro für 2009 kassiert und belegt damit Platz 1 bei den Spitzenverdienern der Branche (SZ vom 31.7.10). „Die Vorsitzenden der 30 Unternehmen im Deutschen Aktien-Index kommen auf durchschnittlich 3,8 Millionen Euro“.

Wie erbärmlich sieht es dagegen bei den Arbeitern aus: „Jeder fünfte Deutsche lebt von Niedriglohn“ (SZ vom 28.7.10), wie die Arbeitskammer erst unlängst kritisiert hat. AK-Chef Hans Peter Kurtz nannte es „unsozial“, dass Menschen für einen Verdienst arbeiten müssen, mit dem sie „ihr Leben nicht bezahlen können“ Die Debatte um

gen“. Auch die „Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um eine öffentliche Investitionspolitik sicherzustellen“, gehört zu dem vom EGB beschlossenen Forderungskatalog.

Die DKP-Gruppe Püttlingen empfiehlt ihren Mitgliedern und Freunden, sich an den gewerkschaftlichen Aktionen aktiv zu beteiligen. Nähere Auskünfte dazu sind beim DGB oder den Einzelgewerkschaften zu erfragen.

Mindestlöhne müsse weitergeführt werden, damit der Niedriglohn-Sektor sein Ende findet. Doch das wird kaum ohne Kampf zu machen sein.

Deshalb ist es gut, dass jetzt einige Aktionen geplant sind. Und je mehr Leute sich daran beteiligen, desto eher können berechnete Forderungen durchgesetzt werden. Vor allem die Betroffenen sollten sich stärker engagieren, denn von alleine wird sich nichts ändern.

Die Niedriglöhner, Zeitarbeiter, Hartz-IV-Bezieher u. sonstige Rotstift-Opfer können nicht erwarten, dass Andere ihnen die Probleme abnehmen, sie müssen selbst ihren Teil zur Besserung der Lage beitragen. Im Übrigen gilt immer noch der bekannte Spruch: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!



Wochenzeitung der DKP
(Auch probeweise zu bestellen)